



Liebe Steglitzerinnen und Steglitzer,

als direkt gewähltes Mitglied des Abgeordnetenhauses bin ich für Ihre Anliegen zuständig. Unser Kiez liegt mir besonders am Herzen, denn er ist mein Zuhause.

Schloßstraße, Breitenbachplatz, Markelkiez, Bismarckviertel, Blumenkiez, Botanischer Garten und Fichtenberg, das sind Orte, die durch ihre Vielfalt und Lebensqualität überzeugen. Aktuell konzentrieren sich meine Arbeitsschwerpunkte hier in Steglitz auf die Mittelständischen Unternehmen und das Wirtschaftsleben an der Schloßstraße sowie die Lösung der Verkehrssituation Unter den Eichen. Auch der Zustand unserer Brücken und die Umsetzung des Baumentscheides sind wichtige Themen.

Im Abgeordnetenhaus befasse ich mich intensiv mit unserem Haushalt, der Gesundheits- und Bildungspolitik sowie kirchenpolitischen Fragen. Den Landeshaushalt zukunftsfest zu machen und die überbordenden Ausgaben zu senken, aber auch in die Infrastruktur zu investieren und die Verwaltung zu modernisieren, das sind die Herausforderungen.

Ich freue mich auf einen regen Austausch mit Ihnen. Sie finden mein Wahlkreisbüro am S-Bahnhof Botanischer Garten.

Mre
Dr. Claudia Wein
Dr. Claudia Wein
Ihre Abgeordnete für Steglitz Zentrum – Schloßstraße, Grunewaldstraße, Breitenbachplatz, Bismarckviertel/Lauenburger Platz, Blumenkiez/Asternplatz



Frohe Weihnachten

Weihnachtlicher Moment am Maronenstand: Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (li.) und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner genießen die Vorfreude auf die Festtage. Sie wünschen allen Berlinern besinnliche Stunden, viele schöne Überraschungen und ein gesundes neues Jahr.

Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

„Oh, du Fröhliche“: Ausblick auf das gute neue Jahr 2026

Neue Züge und Verbindungen, Berlin kommt besser in Tritt, wegweisende Berlin-Wahl

Der Laden läuft jetzt besser: So werden dank „Jahrhundertreform“ endlich Doppelzuständigkeiten in Behörden beendet, Wartezeiten verkürzt. Berlins Bürgerämter melden immer mehr freie Termine.

Sperrmüllabholung

Berlin wird sauberer und sicherer: Die BSR holt auch 2026 bei ihren Kieztagen kostenlos Sperrmüll ab, auf Initiative der CDU-Fraktion wurden Bußgelder für Müllsünder drastisch verschärft und in 2026 nehmen Müll-Sheriffs bei den Ordnungsdiensten in allen Bezirken ihre Arbeit auf. Das neue Polizeirecht ermöglicht Videoschutz an Kriminalitätsschwerpunkten. Kleine Berliner lernen besser: Kita-Lerngruppen der

100 Jahre
erfreut der Funkturm und die Grüne Woche Berlin

unter Dreijährigen werden im Schnitt von 5 auf 4 Kinder verkleinert; im neuen Schuljahr und Folgejahren werden weitere Kita-Neubauten entstehen. Berliner kommen besser voran: Im Frühjahr soll die neue S-Bahnlinie 15 zwischen Hauptbahnhof und Gesundbrunnen in Betrieb gehen. Im Sommer sind Auslieferungen der neuen U-Bahnzüge für die Großprofil-Linien U5 bis U9 angekündigt. 2026 wird auch das Jahr der Jubiläen: Unser frisch herausgeputzter Funkturm wird 100. Die Grüne Woche feiert als Publikumsliedling ebenfalls Hundertjähriges. Berlins Feuerwehr jubelt über ihr 175-jähriges Bestehen. Das wird mit einem „Feuerwehr-Sommermärchen“ bei internationalen Wettbewerben mit mehr als

3500 Teilnehmern zelebriert (19. bis 26. Juli 2026). Erstes NBA-Saisonspiel Womit wir beim Sport wären: Berlin wird am 15. Januar Austragungsort des ersten regulären Saisonspiels in der NBA-Basketball-Profiliga; zur Fußball-WM verwandeln sich Straßen und Plätze in ein schwarz-rot-goldenes Fahnmeer (11. Juni bis 19. Juli). Im Herbst entscheidet der Deutsche Olympische Sportbund über die Deutsche, vielleicht Berliner Olympia-Bewerbung. Am 20. September ist Berlin-Wahl. Berliner haben es in der Hand, ob die CDU-Fraktion mit ihrem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner die Stadt weiter erfolgreich voranbringen kann.

GASTSPIEL

50 Mio. €

investiert die NFL für drei geplante reguläre Saisonspiele in Berlin

Seite 7

FREIHEIT

170

Veranstaltungen zur Freedom Week in der Hauptstadt lockten über 10.000 Besucherinnen und Besucher

Seite 8

Mietpreisprüfer leisten wertvolle Hilfe

CDU-Fraktion will erfolgreiches Beratungsmodell verstetigen und ausbauen

Berlins erste Mietpreisprüfstelle (klartext berichtete) entwickelt sich zu einem Erfolgsmodell für Betroffene. Das zeigt die positive Bilanz der ersten sechs Monate. Die CDU-Fraktion sieht darin viele Vorteile für Mieter und will daher das Beratungsprojekt verstetigen und ausweiten.

Kostenloser Mietpreischeck

Erscheint einem die Miete zu hoch, lässt sich das seit März dieses Jahres kostenlos checken. 255 Berliner haben im ersten Halbjahr davon Gebrauch gemacht. In 177 der 190 geprüften

Fälle wurde festgestellt: Die Mietforderung ist zu hoch. Was bedeutet das konkret? Laut den Bestimmungen der Mietpreisbremse dürfen Wohnungen bei Neuvermietungen, die vor 2014 gebaut wurden, um bis zu zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete angeboten werden. Diese Regel gilt nicht bei Neubauten, Modernisierungen und befristeten Mietverträgen. Berlins Mietpreisprüfer sehen ganz genau hin und entdeckten in vielen Fällen sogar Überschreitungen von mehr als 50 Prozent der Vergleichsmiete – Verdacht auf Mietwucher,



Wohnungsneubau wie hier in Haselhorst (Spandau) und Mieterberatung haben Priorität Foto: IMAGO/Schöning

womöglich eine Straftat. Daher hat die CDU-Fraktion in den Haushaltsberatungen für 2026 und 2027 die Mietenaufsicht in den Bezirken auch gestärkt, damit Mieter bei berechtigten Fragen schnell Unterstützung erhalten.

Wo Mieter Rat finden

Hier geht's zur Mietpreisprüfstelle: Mieterberatung Prenzlauer Berg, Schönhauser Allee 59, dienstags von 15 bis 18 Uhr; asum GmbH, Thaeerstraße 30D, donnerstags von 14 bis 17 Uhr. Telefon 030-213 007 302 (Mo./Mi./Fr.: 9 bis 12 Uhr, Di./Do.: 14 bis 17 Uhr).

Görli: Zaunbau geht voran

Im Görlitzer Park in Kreuzberg ist das erste neue Eingangstor mit Drehkreuz installiert worden, dazu ein erster Abschnitt des geplanten Metallzauns entlang der Wiener Straße. Der zwei Meter hohe Zaun ist Teil eines Sicherheitskonzepts des Senats, das insgesamt 16 Stahltores und acht vandalismussichere Drehkreuze vorsieht. Künftig soll der Park nachts geschlossen werden, um Drogenhandel und Kriminalität stärker einzudämmen. Die Ergebnisse des Sicherheitsgipfels werden weiter umgesetzt.



Zaunschutz für den Görli
Foto: IMAGO/Jürgen Held

Jetzt gelten härtere Strafen bei Müllsünden

Der neue Bußgeldkatalog gegen illegale Müllentsorgung ist jetzt offiziell in Kraft, nachdem der Senat ihn nach dem Beschluss des Rats der Bürgermeister final beschlossen hat. Damit gelten neue Höchstgrenzen: Für **schwerwiegende Verstöße** drohen bis zu **100.000 Euro** Buße, **kleinere Ordnungswidrigkeiten** wie das Wegwerfen einer Zigarettenkippe können mit **bis zu 3000 Euro** geahndet werden. Der Schritt soll die Sauberkeit im öffentlichen Raum deutlich verbessern.

Berlin investiert in die Zukunft

So plant die Koalition die Verwendung des Sondervermögens des Bundes



Berlin erhält 5,2 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen des Bundes – und die CDU-Fraktion Berlin hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass die Mittel gezielt in Infrastruktur, Sicherheit, soziale Versorgung und die Modernisierung der Stadt gesteckt werden.

1. Sicherheit, Justiz und Polizei: 492 Millionen

Ein Kernanliegen der Unionspolitiker ist es, die Sicherheitsbehörden zu stärken. Aus dem Sondervermögen werden daher viele Millionen Euro beispielsweise für den Neubau des kriminaltechnischen Instituts vorgesehen. Geld fließt aber auch in neue

Schutzausstattung. Darüber hinaus gibt es zusätzliche Mittel für Fahrzeuge für Polizei und Feuerwehr und einen Polizeihubschrauber, der Katastrophenschutz wird genauso gestärkt wie der Justizapparat.

2. Verkehr und Infrastruktur: 680 Millionen für die U-Bahn und Straßenbahn und 167 Millionen für den Brückenbau

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt des Berliner Sondervermögens liegt im Bereich des Nahverkehrs. Die Hauptstadt kämpft seit Jahren mit einem massiven Investitionsstau im ÖPNV, von maroden U-Bahn-

Spatenstich für den Ersatzbau Ringbahnbrücke mit Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (2. v. r.) und Verkehrssenatorin Ute Bonde (2. v. l.)

Foto: IMAGO/snapshot

750 Mio. €
fließen in die Förderung von bezahlbarem Wohnraum

Strecken über sanierungsbedürftige Brücken bis hin zu überfüllten Knotenpunkten. Mit dem Sondervermögen können nun genau jene Projekte angegangen werden, die für Millionen Berlinerinnen und Berliner im Alltag spürbare Verbesserungen bringen. So fließen mit über 400 Millionen Euro erhebliche Mittel in Maßnahmen zur Verbesserung der U-Bahn und weitere 254 Millionen Euro in Verbesserungen bei der Straßenbahn.

Zusätzlich werden zentrale Verkehrsbauwerke modernisiert – etwa Brücken, aber auch Fahrbahnen, Rad- und Gehwege saniert. Der Modernisierungsschub soll nicht nur den Alltag der Fahrgäste verbessern, sondern auch den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort stärken, indem eine zuverlässige Mobilität gewährleistet wird.

3. Gesundheit, Schulen und soziale Infrastruktur: 600 Millionen für Berlins Kliniken

Ein erheblicher Teil des Bundes-Sondervermögens fließt in Berlin in Schulen, Gesundheit und soziale Infrastruktur. Rund 69 Millionen Euro werden in die Schulsanierung fließen. Weitere 600 Millionen Euro sind für den Krankenhausbereich vorgesehen, die der Modernisierung dienen sollen. Zusätzlich profitieren soziale Einrichtungen wie Kitas, die 20 Millionen Euro extra für den Ausbau erhalten, Jugendtreffs und Nachbarschaftszentren.

4. Investitionen in Berlins Grün: 700 Millionen für Bäume und Grünflächen

Insgesamt stehen in den nächsten 12 Jahren bis zu 700 Millionen Euro für Baum-

pflanzungen und die Errichtung von Mini-Parks in der Stadt zur Verfügung. Ein großer Teil der Mittel fließt also in Maßnahmen, die Berlin hitzeresilienter machen sollen: neue Stadtbäume und zusätzliche Schattenflächen.

5. Wohnraumförderung: 750 Millionen für den Neubau bezahlbarer Wohnungen

Der Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) ist einer der größten Gewinner des Sondervermögens und ein zentraler Baustein der Berliner Wohnungs- und Baupolitik. Aus dem Bundes-Sondervermögen fließen über 750 Millionen Euro direkt in den SWB, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern und neue Projekte anzustoßen. Damit wird die Wohnraumförderung auf solide Beine gestellt. Das Sondervermögen verbessert damit die Wohnraumversorgung langfristig.

Nachhaltigkeit statt Symbolpolitik

Die von den Christdemokraten angeführte Koalition nutzt das Sondervermögen nicht für Symbolpolitik, sondern für konkrete Fortschritte im Alltag der Menschen. Ob sichere Kieze, moderne Kliniken, verlässlicher Nahverkehr, mehr Stadtbäume oder bezahlbarer Wohnraum – überall dort, wo die Stadt unter Vorgängerregierungen Rückstände hatte, wurden nun sichtbare Prioritäten gesetzt. Die Milliarden des Bundes werden so zu einem echten Modernisierungsschub, von dem die Hauptstadt noch lange profitieren wird.

Null Toleranz für Schein-Autovermietungen

Justizsenatorin Felor Badenberg setzt neue Maßstäbe im Kampf gegen Organisierte Kriminalität – mit voller Rückendeckung der CDU-Fraktion

Berlin verschärft den Kurs gegen kriminelle Autovermietungen und damit verbundene Strukturen der Organisierten Kriminalität. An der Spitze dieser Offensive steht Justizsenatorin Felor Badenberg (CDU), die in den vergangenen Monaten eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht hat, die deutschlandweit Beachtung finden. Von verschärften Prüfmechanismen über engere Behördenabstimmungen bis hin zu neuen rechtlichen Instrumenten. Badenberg positioniert sich als eine der konsequentesten Stimmen im Kampf gegen sogenannte Clan-Autovermietungen, die häufig als Tarnstrukturen für Geldwäsche, Betrug und Vermögensverschiebungen genutzt werden.

Ein Milieu, das jahrelang unterschätzt wurde und Polizei und Justiz seit Jahren beschäftigt

Kriminelle Autovermietungen galten lange als Randphänomen: unübersichtliche Firmenstrukturen, häufig wechselnde Eigentümerverhältnisse, Fahrzeuge ohne ausreichende Nachweise. Die Fahrzeuge dienten nicht selten als Tatmittel, Fluchtfahrzeuge oder für weitere Straftaten. Bislang fehlten jedoch die geeigneten Instrumente, um diesen illegalen Geschäftsmodellen wirksam zu begegnen. Genau hier setzt die Senatorin aus den Reihen der CDU an. Finanzströme offenlegen, Firmenstrukturen durchleuchten, Auflagen verschär-



fen – und keine rechtlichen Schlupflöcher mehr dulden.

Neue Instrumente, mehr Kontrolle – und ein Paradigmenwechsel

Um diese Strukturen zu stoppen, braucht der Markt klare und verbindliche Regeln und genau dafür hat Badenberg

Polizei geht gegen Schein-Autovermietungen vor
Foto: IMAGO/Ina Peek

den Anstoß gegeben. So fordert die Justizministerkonferenz nun die Einführung einer gewerberechtlichen Erlaubnispflicht für alle gewerblichen Fahrzeugvermietungen. Das Bundesjustizministerium soll dafür die nötigen rechtlichen Grundlagen schaffen, insbesondere durch Anpassungen in der Gewerbeordnung.

CDU-Fraktion steht voll hinter Badenberg

Die CDU-Fraktion Berlin stärkt der Justizsenatorin in diesem Kurs geschlossen den Rücken. Die Abgeordneten betonen, dass der Kampf gegen Organisierte Kriminalität nur dann erfolgreich sein kann, wenn Recht und Ordnung konsequent durch-

gesetzt werden – ohne politische Scheu und ohne falsche Rücksichtnahmen.

Ausdrücklich gelobt wird Badenbergs Fokus auf die wirtschaftliche Schwachstelle der kriminellen Strukturen: das Geld.

Seit der Regierungsübernahme setzt der Senat von Kai Wegner und die CDU-Fraktion auf eine klare Politik der Nadelstiche, um den Druck auf kriminelle Strukturen zu erhöhen: härtere Kontrollen, konsequente Vermögensabschöpfung, bessere Behördenkoordination und verstärkte internationale Zusammenarbeit. Kontinuierlich verliert die Organisierte Kriminalität an Raum. So gewinnt Berlin Schritt für Schritt mehr Sicherheit.

Wir packen an. Das Beste zu Weihnachten und im neuen Jahr.

Die CDU-Fraktion Berlin
wünscht Ihnen frohe Weihnachten.

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

das Team der CDU-Fraktion will mit Paketen voller Verbesserungen Berlin Stück für Stück lebenswerter machen. Und das nicht nur zu Weihnachten, sondern jeden Tag. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir das Beste für unsere Stadt.

Das Beste wünschen wir auch Ihnen und Ihren Familien. Eine frohe, vor allem friedliche, hoffnungsvolle und gesegnete Weihnachtszeit und ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2026.

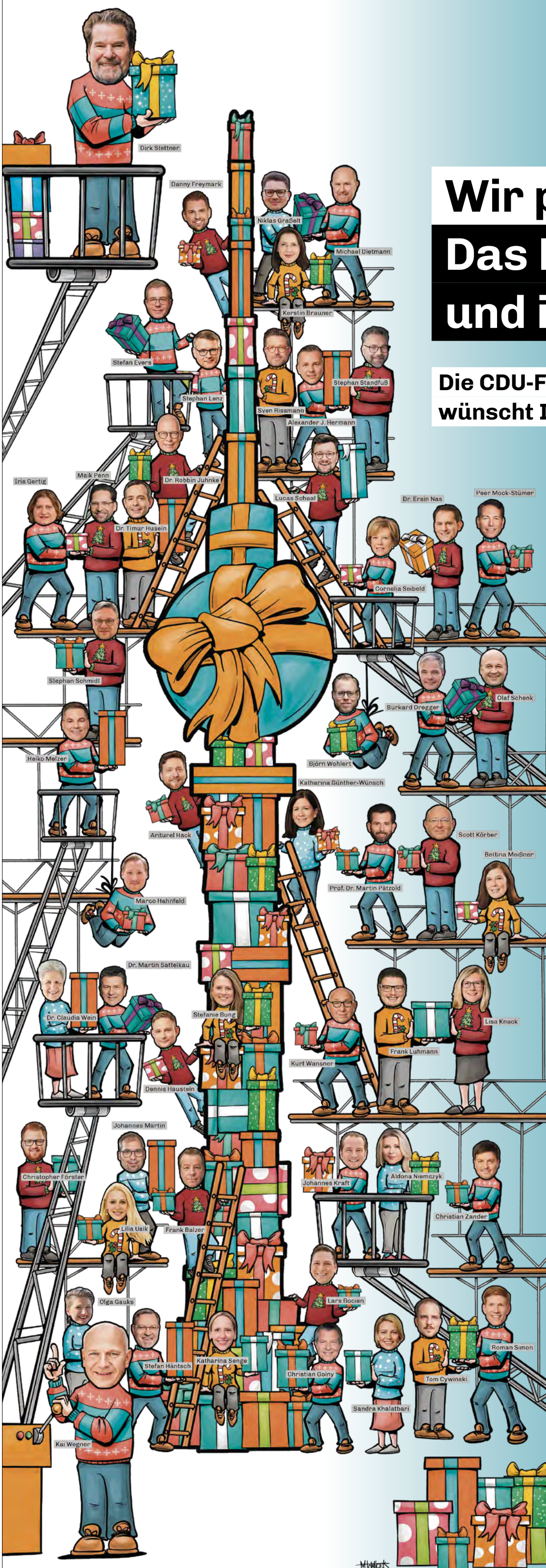
Herzlichst,

Dirk Stettner
Dirk Stettner

Vorsitzender CDU-Fraktion Berlin

**Höhe:
368 m**

Der **Berliner Fernsehturm** am Alexanderplatz ist mit einer Höhe von 368 Metern das höchste Bauwerk in Berlin und ganz Deutschland.



Christdemokraten treiben grundlegende Reform der Berufsorientierung voran

Mehr Praxis und klare Strukturen für junge Berlinerinnen und Berlinern

Die CDU-Fraktion Berlin will die Berufsorientierung an den Berliner Schulen klar stärken und strukturell neu aufstellen. Mit einem umfassenden Antrag setzt sie sich dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler künftig früher, verbindlicher und praxisnäher an berufliche Perspektiven herangeführt werden. Ziel ist es, Orientierungslosigkeit zu verringern, Chancen zu verbessern und junge Menschen besser auf Ausbildung, Studium und Arbeitswelt vorzubereiten.

Früher starten, real erleben, für bessere Entscheidungen

Die Christdemokraten wollen, dass die Einblicke bereits in Klasse fünf beginnen. Kinder sollen niedrigschwellig an Interessen und mögliche berufliche Felder herangeführt werden.

In Klasse sieben und acht sollen verpflichtende Unternehmens- und Werkstattbesuche eingeführt werden. Praktika werden deutlich aus-

geweitet und sollen künftig in allen Schulformen verbindlich in den Jahrgangsstufen 9, 10 und 11 stattfinden. Berlin soll damit ein realistisches, durchgängiges und praxisnahes System der Berufsorientierung erhalten.

Praktikum brachte Gymnasiast auf den Weg

Wie wichtig eine frühere und strukturierte Berufsorientierung ist, zeigt die Geschichte von Mirko, 16 Jahre alt und Schüler eines Berliner Gymnasiums.

Für ihn stand fest, dass nach dem Abitur ein Studium folgen würde – irgendetwas „mit Gesellschaft oder Politik“. Ein klarer Plan war das nicht, eher eine Erwartungshaltung seines Umfelds.

Als sein Jahrgang ein freiwilliges Betriebspraktikum absolvierte, geriet Mirko eher zufällig in ein mittelständisches IT-Unternehmen. Dort durfte er Prozesse analysieren, kleine Anwendungen testen und erleben, wie tech-



nische Lösungen im Alltag eingesetzt werden.

Zu seiner eigenen Überraschung entdeckte er dabei Talente, die er nie mit sich selbst verbunden hätte und die Freude an Technik.

„Ich dachte immer, ich studiere später einfach irgend-

Früh übt sich, wer eine Meisterin werden will

Foto: IMAGO/Depositphotos

was. Aber erst im Praktikum habe ich gemerkt, dass ich eigentlich ganz woanders hingehöre“, sagt Mirko rückblickend. Heute orientiert er sich gezielt in Richtung duales Studium der Informatik.

Die CDU-Fraktion will genau solche Entwicklungen nicht dem Zufall überlassen, sondern systematisch ermöglichen.

WAT als zentrales Zukunftsfach

Ein besonderes Anliegen der CDU-Fraktion ist der Ausbau des Fachs Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT). Es soll flächendeckend gestärkt werden – an Gymnasien bereits ab Klasse 9 als Berufsorientierung, an Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen in den Klassen 9 und 10 als Pflichtfach.

Digitale Praktikumsbörse als zentrale Drehscheibe

Ein weiteres Herzstück des Antrags ist die Stärkung der

zentralen digitalen Praktikumsbörse. Sie soll zu einer landesweiten Plattform ausgebaut werden, die Schülern, Studierenden und Unternehmen eine einfache und effiziente Vermittlung ermöglicht und es Schulen erlaubt, gezielt nach Kooperationspartnern zu suchen.

Starkes Signal für junge Menschen und den Wirtschaftsstandort

Die CDU-Fraktion will die beruflichen Chancen junger Berlinerinnen und Berliner nachhaltig verbessern und gleichzeitig dem Fachkräftemangel begegnen. Mehr Praxis, klare Strukturen und ein gestärktes WAT-Fach sollen Jugendlichen wie Mirko helfen, ihre Stärken früh zu erkennen und ihren Weg sicher zu finden. Eine moderne Berufsorientierung stärkt damit nicht nur die Schulen – sondern den gesamten Wirtschaftsstandort Berlin.

Seit 13 Jahren! Berlins Wirtschaftsmotor läuft schneller als im Bund

Mehr Dynamik dank Start-ups, Dienstleistungsbranchen und digitaler Wirtschaft

Während viele andere Länder noch auf den Aufschwung warten, können sich Berliner über verbesserte Wirtschaftszahlen freuen. Laut Investitionsbank Berlin wird das Wachstum an der Spree in diesem Jahr bei etwa einem Prozent liegen – deutlich mehr als der erwartete Bundesdurchschnitt von 0,3 Prozent.

Plus auch bei der Beschäftigung

Berlin holt auf und liegt damit schon das 13. Jahr in Folge

über dem Bundestrend. Gute Nachrichten auch in Sachen neuer Beschäftigung: Hier stiegen die Zahlen 2024 mit etwa 0,4 Prozent ebenfalls schneller als der Bundesdurchschnitt.

Der erfreuliche Trend geht zurück u.a. auf eine anhaltend lebhafte Entwicklung der Unternehmensgründer-Szene (rund 5000 Berliner Start-ups mit rund 90.000 Beschäftigten), auf gut laufende Geschäfte der Digital-Wirtschaft und in den Dienstleistungsbranchen.

5,25 Milliarden für Berlin

Eine Sonderkonjunktur und bundesweiten Aufschwung erwarten Experten durch das milliardenschwere Sondervermögen der CDU-geführten Bundesregierung. Berlin kann hier mit rund 5,25 Milliarden Euro zusätzlich rechnen für Instandsetzung und Ausbau von Bauwerken bis hin zum Nahverkehr. Wie die CDU geführte Koalition in Berlin die Gelder verwenden wird? Antworten dazu finden Sie auf Seite 2.



Digitale Neuheiten beleben Berlins Wirtschaft Foto: IMAGO/dts Nachrichtenagentur

Balkone fangen die Sonne ein

Klimafreundliche Solaranlagen liegen klar im Trend

Immer mehr Sonnenenergie für Berlins Haushalte: Aktuell sind zumeist auf Dächern rund 53.000 Solaranlagen mit einer Gesamtleistung von 459 Megawatt-Peak installiert. Genug klimafreundliche Power für 165.000 Haushalte (Anteil: 5,6 Prozent).

Balkonkraftwerke immer beliebter

Nur ein erster Zwischenerfolg: Bis 2035 soll jeder vierte Berliner Haushalt mit Solarstrom versorgt und dafür die Leistung auf 4400 Megawatt ausgebaut werden.

Weiter im Trend bleiben auch sogenannte Balkon-Kraftwerke. Sie haben zwar wenig Leistung, sind dafür aber recht einfach zu installieren und können die Stromrechnung senken. In den letzten drei Jahren wurden 27.000 Solar-Anträge bewilligt (davon 19.000 Balkon-Kraftwerke) und mit rund 26,5 Millionen Euro gefördert.

Nutzung von Fassaden auch im Blick

Mehr Sonnen-Energie nutzen, das ist eines von vielen klimapolitischen Zielen der CDU-Fraktion Berlin. Das Förderprogramm SolarPlus wird durch weitere 5 Millionen Euro pro Jahr gestärkt, ein Zuschuss des Landes, den Privatpersonen für Balkon-Kraftwerke und eigene Anlagen beantragen können.



Die Sonne lässt immer mehr Stromkunden in Berlin lächeln Foto: IMAGO/Westend61

19.000
Balkon-Kraftwerke wurden in den letzten drei Jahren gefördert

Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Die Koalition wird die erfolgreiche Solarkampagne fortsetzen, um gemeinsam mit dem Berliner Handwerk den Ausbau von Solaranlagen weiter zu beschleunigen. Die Fortführung des Solaranlagen-Förderprogramms (SolarPlus) der Investitionsbank wird sichergestellt und deutlich ausgebaut, insbesondere auch im Hinblick auf die Nutzung von Fassaden.“



Verteidigungsfähigkeit, Sicherheit und Zusammenhalt

Gemeinsam für eine widerstandsfähige Gesellschaft

In einer Zeit wachsender Unsicherheiten wird deutlich: **Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit.** Eine verlässliche gesamtstaatliche Verteidigungsfähigkeit gehört zu den zentralen Zukunftsaufgaben unseres Landes. Sie bedeutet weit mehr als militärische Stärke – sie entsteht im Zusammenspiel von Staat, Streitkräften, Wirtschaft und Gesellschaft. Nur wenn alle Bereiche Hand in Hand arbeiten, können Freiheit und Alltag dauerhaft geschützt werden.

Diese Überzeugung stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung von **Claudia Wein, MdA**, am **29. Oktober 2025** in ihrem Bürgerbüro in Steglitz. Gemeinsam mit Fachleuten aus Politik, Gesundheit und Katastrophenschutz diskutierte sie, wie Deutschland widerstandsfähiger werden kann.

Martin Lammert, stellvertretender Vorsitzender der CDU Pankow Süd, betonte, dass Deutschland sein sicherheitspolitisches Denken erneuern müsse. Bedrohungen reichten heute von Cyberangriffen bis zu Naturkatastrophen – sektorale Ansätze genügen nicht mehr. Er forderte ein **integriertes Sicherheitskonzept**, das staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Kräfte bündelt. Zusammenhalt, Vertrauen in Institutionen und Engagement im Ehrenamt seien tragende Säulen einer modernen Sicherheitskultur.

Lammert sprach sich für eine **verpflichtende Dienstpflicht** aus, die Wehrhaftigkeit und Gemeinsinn stärkt. Sie solle alle jungen Menschen – unabhängig vom Geschlecht – einbeziehen, etwa in Bundeswehr, Bevölkerungsschutz, IT-Sicherheit oder Gesundheitswesen. Grundausbildungen in Zivilschutz, Erster Hilfe, Cyberkompetenz und Demokratiebildung könnten ein gemeinsames Fundament schaffen. Attraktive Anreize wie Ausbildungsanerkennung oder Rentenboni würden zusätzlich zur Akzeptanz beitragen. **„Dienstpflicht ist kein Rück-**



Fachgespräche über staatliche Verteidigungsfähigkeit mit Dr. Claudia Wein, MdA Foto: Dr. Claudia Wein

„Zivilschutz geht uns alle an!“

Dr. Claudia Wein
Abgeordnete für Steglitz Zentrum

schritt, sondern ein Schritt nach vorn“, so Lammert.

Dr. Schmidt, Vorstand der Apothekerkammer Berlin, hob hervor, dass **Resilienz** der zweite wichtige Pfeiler gesamtstaatlicher Sicherheit sei. Medizinische Vorräte müssten wieder stärker im Inland gesichert werden, um Abhängigkeiten von globalen Lieferketten zu verringern. „Dazu braucht es die Vor-Ort-Apotheken“, betonte Schmidt.

Auch **Sascha Guzy** von der **Feuerwehr Berlin** machte deutlich, dass die Versorgungssicherheit verbessert werden müsse. Fehlende Treibstoffreserven gefährdeten im Ernstfall die Einsatzfähigkeit. Kritische Infrastruktur müsse gezielt ausgebaut und besser geschützt werden.

Am Ende waren sich alle Teilnehmenden einig: **Gesamtstaatliche Verteidigungsfähigkeit ist kein Ausnahmezustand, sondern eine dauerhafte Gemeinschaftsaufgabe.** Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen Verantwortung übernehmen. Denn nur wer vorbereitet ist, bleibt souverän – und kann **Freiheit, Frieden und Zusammenhalt dauerhaft sichern**.

Auch Bürgerinnen und Bürger – **hier bei uns in Steglitz** – können einen Beitrag leisten, indem sie sich etwa über die Empfehlungen des **Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)** zu Notfallvorsorge, Stromausfällen oder Lieferengpässen informieren. Vorsorge schafft Sicherheit – für jeden Einzelnen und für unsere Gemeinschaft.



Liebe Steglitzerinnen und Steglitzer,

als direkt gewähltes Mitglied des Abgeordnetenhauses bin ich für Ihre Anliegen zuständig. Unser Kiez liegt mir besonders am Herzen, denn er ist mein Zuhause.

Schloßstraße, Breitenbachplatz, Markelkiez, Bismarckviertel, Blumenkiez, Botanischer Garten und Fichtenberg, das sind Orte, die durch ihre Vielfalt und Lebensqualität überzeugen. Aktuell konzentrieren sich meine Arbeitsschwerpunkte hier in Steglitz auf die Mittelständischen Unternehmen und das Wirtschaftsleben an der Schloßstraße sowie die Lösung der Verkehrssituation Unter den Eichen. Auch der Zustand unserer Brücken und die Umsetzung des Baumentscheides sind wichtige Themen.

Im Abgeordnetenhaus befasse ich mich intensiv mit unserem Haushalt, der Gesundheits- und Bildungspolitik sowie kirchenpolitischen Fragen. Den Landeshaushalt zukunftsfest zu machen und die überbordenden Ausgaben zu senken, aber auch in die Infrastruktur zu investieren und die Verwaltung zu modernisieren, das sind die Herausforderungen.

Ich freue mich auf einen regen Austausch mit Ihnen. Sie finden mein Wahlkreisbüro am S-Bahnhof Botanischer Garten.

Ihre
Dr. Claudia Wein

Dr. Claudia Wein
Ihre Abgeordnete für Steglitz Zentrum – Schloßstraße, Grunewaldstraße, Breitenbachplatz, Bismarckviertel/Lauenburger Platz, Blumenkiez/Asternplatz

Wärme und Sicherheit: neue Kältehilfe im Steglitzer Kreisel

Ein zentraler, geordneter Zufluchtsort für Bedürftige – getragen von Engagement und Verantwortung

Seit dem 1. November 2025 bietet die neue **Kältehilfe am Steglitzer Kreisel** Menschen ohne festen Wohnsitz in den Wintermonaten einen geschützten Platz zum Aufwärmen, Schlafen und Essen. Die Einrichtung liegt zentral, aber ohne direkte Wohnnachbarschaft – ein Standort, der Sicherheit und Rückzugsraum zugleich gewährleistet.

Hier finden Bedürftige nicht nur ein Bett und eine warme Mahlzeit, sondern auch Beratung und medizinische Unterstützung. **Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer** schenken Zeit, Aufmerksamkeit und Mitmenschlichkeit – ein starkes Zeichen für gelebte Solidarität in Steglitz.

*Schutz in kalten Nächten:
Schlafsaal der neuen Kältehilfe am Kreisel*
Foto: Dr. Claudia Wein



Die Kältehilfe ist Teil des Berliner Netzwerkes, das von November bis März Notübernachtungen bereitstellt. Besonders erfreulich ist das Engagement der **lokalen Geschäfte, Kirchengemeinden und Bürgerinnen und Bürger**, die mit Spenden von Kleidung und Lebensmitteln unterstützen.

Ein besonderer Dank gilt dem **Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf** und **Bezirksstadtrat Tim Richter (CDU)**, und dem Träger **Neue Chance gGmbH**, die mit großem Einsatz die Umsetzung dieser wichtigen Einrichtung ermöglicht haben.

Gemeinsam
für vernünftiges
Parken

Vor der Ahornstraße 16a, vor der ehemaligen Bäckerei Mälzer, blockierten seit über einem Jahr alte Halteverbots-schilder wertvolle Parkplätze. Durch das hartnäckige Eng-agement der Anwohnerin-nen und Anwohner und mit Unterstützung von **Dr. Claudia Wein, MdA**, wurden die überflüssigen Schilder nun endlich entfernt. Ein Erfolg für mehr Vernunft im Stra-ßenraum.



vorher/nachher
Fotos: Dr. Claudia Wein

Im Wahlkreis unterwegs

Julius Zimmermann – Männer der ersten Stunde – Teil 5

Ein Dorf wächst
über sich hinaus

Als das Jahr 1871 begann, zählte Steglitz gerade einmal 1899 Einwohner. Nur vier Jahre später waren es bereits 5467 – ein Anstieg um er-staunliche 188 Prozent. Aus dem stillen Dorf vor den To-ren Berlins wurde eine auf-strebende Gemeinde, die bald mehr verlangte als Ehrenamt und Dorfordnung. Die preußi-sche Landgemeinde-Ordnung sah für Vorsteher keinen Lohn vor, doch die wachsenden Aufgaben ließen sich kaum noch ehrenamtlich bewältigen. Der damalige Gemein-devorsteher, Gutsbesitzer Gott-lieb Berlinicke, hatte das Amt seit 1871 inne. Doch die stetig wachsende Verwaltung ließ ihm keine Zeit mehr für sein eigenes Gut. Ende 1875 bat er um Entlassung – und schuf damit Raum für eine Ent-scheidung, die Steglitz prägen sollte.

Ein Glücksgriff
für Steglitz

Die Gemeindevertreter such-ten einen Mann mit Erfah-rung, Tatkraft und Sinn für Ordnung. Fündig wurden sie in Bernau: **Julius Zimmer-mann** nahm den Ruf als be-soldeter Ortsvorsteher nach Steglitz an. Am 25. Septem-ber 1875 wurde er einstimmig gewählt – und blieb fast drei Jahrzehnte im Amt. „Verwaltung heißt die-nen, nicht herrschen“, soll



Julius Zimmermann
prägte Steglitz nach-
haltig – ein Gestalter
mit klarer Vision
Foto: Dr. Claudia Wein

”
Verwaltung
heißt dienen,
nicht herr-
schen.

Julius Zimmermann

Zimmermann einmal gesagt haben. Nach diesem Grund-satz handelte er. Unter seiner Leitung wandelte sich Steglitz vom ländlichen Ort zur mo-dernen Vorstadt.

Vom Nachttopf
zur Wasserleitung

Die Aufgaben waren gewal-tig: Straßen mussten gepflas-tert, Schulen gebaut und die Versorgung verbessert wer-den. Während in Berlin längst Gas und Trinkwasser selbst-verständlich waren, entleerte man in Steglitz den Nachttopf

noch im Garten. Doch das änderte sich unter Zimmer-manns Führung.

Ab 1885 floss erstmals Lei-tungswasser – dank eines Vertrags mit den Charlotten-burger Wasserwerken und eines neuen Wasserturms auf dem Fichtenberg. 1891 setzte sich Zimmermann für den Bau einer Kanalisation ein. 316 Grundbesitzer un-terstützten ihn, und 1896 waren bereits hunderte Grundstücke angeschlossen. Der einstige Dorfschlamm wich sauberem Fortschritt.

Jahre des Aufbaus

Während seiner Amtszeit ent-standen zahlreiche Bauten, die bis heute das Ortsbild prägen: der Friedhof an der Bergstraße (1875), die Zeune-Schule für Sehbehinderte und Blinde (1877), die Matthäus-kirche (1880), das Gymnasi-um Steglitz (1890) sowie we-itere Schulbauten. 1898 wurde das neue Rathaus feierlich eröffnet – passenderweise am Geburtstag Kaiser Wilhelms I. Zwei Jahre später folgte die Einweihung der Rosenkranz-Basilika.

Ein bleibendes Erbe

Als Julius Zimmermann am 11. April 1902 verstarb, zähl-te Steglitz bereits rund 25.000 Einwohner. Auf dem Friedhof Bergstraße erinnert eine Eh-rengrabstelle an den Mann, der die Grundlagen für das moderne Steglitz legte. Die

Zimmermannstraße, eine ru-hige Nebenstraße der Schloß-straße, trägt seinen Namen.

Seine Vision, Verwaltung als Dienst am Gemeinwohl zu verstehen, wirkt bis heute fort – in einer Stadt, die er mit Umsicht, Fleiß und bürger-licher Verantwortung in die Zukunft führte.

Von Herbert Weber

Bezirksbürgermeister a.D.



Foto: Herbert Weber

Natur als Nachbarin und Inspiration

BOTANICS - eine Ausstellung voller Pflanzenpoesie

Die Vernissage der Ausstel-lung „**Botanics**“ am 14. No-vember im Bürgerbüro von Dr. Claudia Wein bot einen warmen, lebendigen Auftakt. Viele Gäste aus Steglitz und Umgebung nutzten die Ge-legenheit, die beiden Künst-le-rinnen **Sarah Schultz** und **Jo-sephine Riemann** persönlich kennenzulernen und mit ihnen über ihre sehr unterschiedli-chen, doch harmonisch korre-spondierenden Werke ins Ge-spräch zu kommen.

Die Nähe zum Botanischen Garten prägt die Ausstellung: Pflanzen als stille Begleiter, als Wissensspeicher und als kulturelle Symbole stehen im Mittelpunkt. Schultz’ male-rische Szenerien wirken wie träumerische Lehartafel-Va-riationen, in denen botani-sche Formen zu emotionalen Landschaften werden. Rie-mann setzt mit ihren Objekt-leinwänden einen eigenen Akzent: Sie untersucht die Darstellung von Natur in All-

Blumen für die
Künstlerinnen –
Vernissage im
Bürgerbüro
Dr. Claudia Wein
Foto: Dr. Claudia Wein



tagsbildern, auf Gebrauchs-gegenständen und in KI-gene-rierten Motiven – eine kluge Reflexion über das, was wir für „natürlich“ halten.

„Botanics“ erinnert daran, wie sehr Natur und Kultur einander durchdringen. Die Ausstellung ist noch bis **22. Januar 2026** zu sehen und kann **nach vorheriger An-meldung** besucht werden.



Haben Sie Themen in Steglitz Zentrum?
Ihre Abgeordnete Dr. Claudia Wein
ist für Sie da!

HIER FINDEN SIE ANTWORTEN UND HILFE

Bürgerbüro von Dr. Claudia Wein
Hortensienstraße 29, 12203 Berlin
Mo.: 13:00–18:00 Uhr
Di./Mi./Do.: 10:00–15:00 Uhr
☎ (030) 88 70 94 40
✉ buero.wein@t-online.de
🌐 www.claudia-wein.de

f claudia.wein
@ cl.wein

Hauptstadt stärkt den Schutz von Frauen

Mit Reformen und zusätzlichen Geldern setzt die CDU-Fraktion Berlin deutliche Akzente

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine alltägliche traurige Realität. Sie geschieht leise, oft hinter Türen, oft im Verborgenen. Doch für die betroffenen Frauen ist sie laut: Sie nimmt Sicherheit, sie nimmt Freiheit, sie nimmt Vertrauen. Betroffene brauchen Schutz, Unterstützung und eine Politik, die nicht wegschaut. Die CDU-geführte Koalition hat seit Amtsantritt zahlreiche Maßnahmen und nun auch die finanziellen Sicherheiten auf den Weg gebracht, um für diese Unterstützung zu garantieren. Der Schutz von Frauen wird davon deutlich profitieren. Ein Überblick:

Mehr Schutzräume für die, die sie brauchen

Berlin schafft zusätzliche Frauenschutzplätze. 16 Millionen Euro wurden von der Koalition in den nächsten Doppelhaushalt eingestellt. Sie fließen in Ausbau und Betrieb der Frauenschutzplätze. Darüber hinaus wird ein weiteres Frauenhaus in Berlin eröffnet werden, als Schutzort für von Gewalt betroffenen Frauen.

Das bedeutet: mehr sichere Orte, mehr Perspektiven, mehr Schutz für Frauen und Kinder.

Ausweitung des Betretungsverbot

Das neue Polizeirecht verlängert das Betretungsverbot für Gewalttäter von 14 auf 28 Tage. Das verschafft Betroffenen endlich mehr Zeit, Ruhe und Sicherheit. Zusätzlich wird ein polizeiliches Kontakt- und Näherungsverbot eingeführt – ein wichtiger Schritt, der bisher gefehlt hat.

Elektronische Fußfessel nach spanischem Vorbild

In Hochrisikofällen kann künftig eine elektronische Aufenthaltsüberwachung angeordnet werden. Betroffene erhalten automatische Warnmeldungen, wenn der Täter sich nähert. Verstöße werden konsequent verfolgt.

Opferschutz: Daten bleiben geschützt

Mit einem neuen Paragraphen werden sensible Identitäts-



Mehr Trost und Schutz vor Gewalt für Berlins Frauen Bild: 4o

Zusätzliche
16 Mio. €
werden für den Ausbau von Frauenschutzplätzen bereitgestellt

und Aufenthaltsdaten besser abgesichert. Behörden dürfen Auskünfte verweigern, was ein entscheidender Baustein für die echte Sicherheit von Opfern häuslicher Gewalt ist.

Schnellere Hilfe, bevor es zu spät ist

Die Polizei kann künftig Kontaktdaten von Betroffenen und Tatverdächtigen an spezialisierte Beratungsstellen weiterleiten, um frühzeitig Unterstützung zu vermitteln. Das erfüllt zentrale Vorgaben der Istanbul-Konvention.

Gemeinsame Fallkonferenzen

Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und weitere Stellen können zukünftig ihre Informationen bündeln, um Gefährdungslagen schneller zu erkennen und einzugreifen.

Berlin lässt Betroffene nicht allein

Die CDU-Fraktion Berlin zeigt: Wer Schutz braucht, bekommt ihn. Wer bedroht wird, wird ernst genommen. Und wer Gewalt erlebt, erhält Hilfe – schnell, entschlossen und verlässlich.

Bestehende Angebote werden fortgeführt

Und eines ist besonders wichtig: Alle bestehenden Angebote zum Schutz von Frauen werden vollständig fortgeführt. Es gibt nicht einen Euro weniger für Frauenhäuser, Beratungsstellen oder Präventionsangebote. Im Gegenteil: Unter der Verantwortung der CDU-Fraktion Berlin wird der Schutz von Frauen finanziell und gesetzlich deutlich verbessert. Berlin lässt Betroffene nicht allein.

Geld für die Ausbildung von Geburtshelfern

Die Kurse für künftige Hebammen an der Charité sind finanziell gesichert. Die CDU-geführte Koalition verständigte sich darauf, dafür drei Millionen Euro in den beiden kommenden Jahren bereitzustellen.



Hebamme wiegt ein Baby Foto: IMAGO/Westend61

Priorität für Verbraucherschutz

Die Landesgelder für Verbraucherberatung und -aufklärung bleiben der Verbraucherzentrale Berlin erhalten. Darauf haben sich die Regierungsfractionen von CDU und SPD bei den Haushaltsberatungen verständigt.

Jetzt auch
DIGITAL

QR-Code scannen oder unter:
www.klartext-berlin.de

klartext

wünscht
allen Lesern
ein frohes
Weihnachtsfest.

Auch 2026 informieren wir Sie wieder über Aktuelles aus der Stadt, Ihrem Kiez & unserem Berliner Parlament.

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin



Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

Eine Stadt im Football-Fieber: Touchdown im Olympiastadion

NFL begeistert Zehntausende – und stärkt gleichzeitig Wirtschaft, Tourismus und Stadt-Image

Berlin hat wieder Sportgeschichte geschrieben. In Berlin traten im November die Indianapolis Colts und die Atlanta Falcons zum allerersten regulären Saisonspiel der NFL an und lieferten mit einem 31:25-Sieg der Colts in der Verlängerung nicht nur sportlich ein Spektakel ab, sondern brachten auch der Stadt enorme Aufmerksamkeit und wirtschaftliche Impulse.

Stimmung in der Stadt: Mehr als nur ein Spiel

Schon Stunden vor dem Kick-off war Berlin im Football-Fieber: Fan-Zonen am Brandenburger Tor und am Potsdamer Platz, Flag-Football-Aktionen in der Innenstadt und eine eigens geschaffene „NFL-Pop-Up“-Atmosphäre machten deutlich: Diese Veranstaltung war ein Festival der amerikanischen Sportkultur – inmitten der deutschen Hauptstadt.

Im Olympiastadion erlebte Deutschland einen neuen Football-Rekord: Rund 72.000 Zuschauer verwandelten die Arena in ein Meer aus Farben und guter Laune – Berlin zeigte als Sportmetropole sein bestes Gesicht. Spätestens mit



der Choreografie zum Wiedervereinigungssong „Wind of Change“ wurde der Moment geradezu magisch. Das packende Spiel mit einer dramatischen Verlängerung setzte dem Abend die Krone auf.

Warum Berlin? Und was bringt das?

Dass die NFL überhaupt in Berlin spielt, ist auch ein Erfolg der CDU-Fraktion Ber-

Spieler der Atlanta Falcons mussten in Berlin Federn lassen
Foto: IMAGO/Eibner

lin. Bereits seit 2022 setzte sie sich konsequent dafür ein, die Hauptstadt als Standort für reguläre Saisonspiele ins Gespräch zu bringen. Nach der Regierungsübernahme hatte die Landesregierung sich dann frühzeitig um NFL-Spiele bemüht. Mit diesem „Leuchtturm-Event“ sollten weltweite Sichtbarkeit, steigende Touristenzahlen und eine hohe wirtschaftliche Wertschöpfung für Berlin er-

reicht werden. Und genau dieses Ziel wurde erfüllt. In der Woche rund um das Spiel lagen laut DEHOGA die Übernachtungszahlen rund 25 Prozent über dem Vorjahr. Für die drei geplanten Gastspiele investiert das Land Berlin knapp 12,5 Millionen Euro, während die NFL selbst mit rund 50 Millionen Euro in die Stadt kommt.

Ausblick: Mehr Spiele – mehr Wirkung

Die NFL hat sich mit Berlin bereits auf einen mehrjährigen Rahmenvertrag geeinigt: Zwei weitere Spiele sind bis 2029 vorgesehen. Damit steht fest: Dies war kein einmaliges Happening, sondern der Start einer Serie – und Berlin hat damit eine stabile Grundlage geschaffen, weiter als Gastgeberstadt für internationale Sportevents zu wachsen.

Ein besonderer Tag

Für die Menschen in Berlin war es ein besonderer Tag. Die Vorfreude und der internationale Flair haben der Stadt gut getan und auch die Wirtschaft hat profitiert. Berlin hat einen echten Touchdown gemacht.

Berlin vereinfacht Behördengänge

Berlin macht den Gang ins Bürgeramt einfacher: Ab sofort können Bürgerinnen und Bürger viele alltägliche Anliegen **auch ohne vorherigen Termin** erledigen. Direkt vor Ort bearbeitet werden können unter anderem die Abholung von Ausweisen, Meldebescheinigungen, Führungszeugnisse, Adressänderungen in Fahrzeugpapieren, PIN-Rücksetzungen sowie Anliegen rund um die Online-Ausweisfunktion.

Ist eine sofortige Bearbeitung nicht möglich, erhalten Besucherinnen und Besucher direkt im Bürgeramt einen **zeitnahen Ersatztermin**. Online-Termine bleiben weiterhin möglich.



Ins Bürgeramt jetzt auch ohne Termin
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Volksentscheid „Berlin autofrei“: Die CDU-Fraktion lehnt ab

Abgeordnetenhaus debattiert über autofreie Innenstadt

Der Volksentscheid „Berlin autofrei“ verfolgt das Ziel, dass der private Autoverkehr im gesamten Bereich innerhalb des S-Bahn-Rings weitgehend verboten wird. Autos dürften dort nur noch in stark begrenztem Umfang genutzt werden – etwa wenige Fahrten pro Person und Jahr. Die Initiatoren begründen das mit Klimaschutz, besserer Luft, weniger Lärm und mehr Verkehrssicherheit. Jetzt wurde darüber erstmals im Abgeordnetenhaus debattiert.

Ein unverhältnismäßiger Eingriff in Freiheit und Mobilität

Die CDU-Fraktion lehnt diesen Volksentscheid klar ab. Sie hält den Gesetzentwurf für unausgewogen, sozial problematisch und für den Alltag einer Millionenstadt nicht geeignet. Grüne und Linke sehen das anders: Die Grünen sprechen von einem „sehr weitreichenden“ Vorschlag, halten Klimaschutz, Gesundheit und Verkehrssicherheit aber für legitime Gründe, um darüber abstimmen zu lassen. Auch die Linke signalisiert Unterstützung. Genau dieser Gegensatz macht die Debatte deutlich: Während die CDU-Fraktion und viele Berline-

rinnen und Berliner auf funktionierende Mobilität setzen, vermeiden Grüne und Linke eine klare inhaltliche Ablehnung, trotz eines irrliehernen Konzepts.

Ein nahezu autofreier S-Bahn-Ring wäre ein massiver Eingriff in die persönliche Freiheit. Mobilität ist keine Luxusfrage, sondern Voraussetzung für Teilhabe. Familien, Ältere, Menschen mit Behinderungen oder pflegende Angehörige sind häufig auf das Auto angewiesen. Ein pauschales Verbot behandelt alle gleich – obwohl die Lebensrealitäten sehr unterschiedlich sind. Das ist unverhältnismäßig und ungerecht.

Alltag wird ignoriert

Pendler, Schichtarbeitende, Selbstständige sind im Alltag häufig auf das Auto angewiesen. Auch Familien mit kleinen Kindern brauchen oft flexible Mobilität. Der Volksentscheid blendet diese Realität aus. Hinzu kommt: Es fehlen Umsteige- und Park&Ride-Angebote entlang des S-Bahn-rings. Einerseits, weil diese von grünen Verkehrssenatorinnen immer bekämpft wurden und andererseits, weil für die dann benötigte Dimension der Platz fehlt.

Der Gesetzentwurf ist unausgewogen, sozial problematisch und für den Alltag einer Millionenstadt nicht geeignet. Berlin braucht Mobilität für alle – und eine Verkehrspolitik, die verbindet.

CDU-Fraktion Berlin

Verkehr verschwindet nicht – er verlagert sich

Der Autoverkehr löst sich nicht auf, wenn man ihn verbietet. Auch deshalb ist dies für die Fraktion undenkbar. Er wird verdrängt. Ein autofreier S-Bahn-Ring würde zu mehr Stau und Belastung in den Außenbezirken führen, zu längeren Wegen und mehr Verkehr in Wohnstraßen. Der Verkehr aus dem Stadtzentrum würde außerdem die Verkehrsbelastung auf dem Berliner Ring deutlich erhöhen und ihn zur Dauerstaustrasse machen: zulasten der Pendler, der Wirtschaft und der gesamten Stadtregion. Das Ergebnis wäre kein besseres Verkehrssystem, sondern neue Probleme an anderer Stelle.

Außenbezirke werden besonders benachteiligt

Je weiter man vom Zentrum entfernt wohnt, desto stärker ist man auf das Auto angewiesen – das ist statistisch belegt. In vielen Kiezen am Stadtrand fahren Busse im 20- oder 30-Minuten-Takt, Carsharing-Angebote fehlen oft ganz. Für Menschen aus Tempelhof, Spandau, den Pankower Norden oder Köpenick würde der Volksentscheid enorme Zeit-

verluste, höhere Kosten oder eingeschränkte Teilhabe am städtischen Leben bedeuten.

Intelligente Verkehrspolitik statt Ideologie

Was Berlin braucht, ist keine Verbotslogik à la Grüne und Linke, sondern kluge Verkehrssteuerung: leistungsfähige Hauptstraßen, funktionierende Ampelschaltungen, moderne Parkraumsysteme, einen ausgebauten Nahverkehr und sichere Radwege. Verkehrspolitik heißt steuern,

nicht pauschal ausschließen. Ein radikales „autofrei“ ersetzt keine Planung.

Der Volksentscheid „Berlin autofrei“ ist schlecht gemacht und auch nicht gut gemeint. Er ist realitätsfern, elitär und spaltet die Stadt in Zentrum und Stadtrand, in Ideologie und Alltag. Niemand soll sich schämen müssen, Auto zu fahren. Die CDU-Fraktion lehnt deshalb diese Initiative klar ab. Berlin braucht Mobilität für alle – und eine Verkehrspolitik, die verbindet und nicht ausgrenzt.



Autoverbot in Berlin? Die CDU-Fraktion ist entschieden dagegen Foto: IMAGO/Christian Ohde

Stadt der Freiheit

Hauptstadt präsentiert sich mit der Freedom Week als Zentrum für Freiheit

Berlin ist die Stadt der Freiheit – historisch und ideell. Berlin steht wie kaum eine andere europäische Hauptstadt für den Wert der Freiheit. Von der Blockade und der Luftbrücke über den Mauerbau bis zum friedlichen Protest von 1989: Die Berlinerinnen und Berliner haben immer wieder bewiesen, dass Freiheit nicht vom Himmel fällt, sondern verteidigt werden muss. Diese historische Erfahrung prägt das Selbstverständnis der Stadt bis heute – als Ort, an dem Verantwortung, Demokratie und Freiheitsliebe zusammengehören.

Freiheitsglocke als Symbol der Freedom Week

Dafür steht auch die Freiheitsglocke, die im ehemaligen Sitz des Berliner Abgeordnetenhauses, im Rathaus Schöneberg hängt. Sie wurde 1950 als Zeichen des westlichen Freiheitswillens gestiftet, täglich läutete sie gegen die Unterdrückung des Kommunismus – und für die Hoffnung auf ein geeintes, freies Berlin. Sie wurde zum Symbol der ersten Freedom Week in Berlin.

Eine Woche im Zeichen von Freiheit und Demokratie

In der „Berlin Freedom Week“ rund um den 9. November drehte sich alles um Freiheit, Sicherheit und die Resilienz unserer Demokratie. Mehr als 170 Veranstaltungen an über 90 Orten – von Diskussionen über Menschenrechte bis hin zu Workshops zu digitaler Selbstbestimmung – lockten über 10.000 Besucherinnen und Besucher an.

Auch der Vorsitzende der CDU-Fraktion Berlin, Dirk Stettner, nahm teil und machte deutlich: „Freiheit ist kei-

ne Selbstverständlichkeit. Sie muss geschützt, erklärt und gelebt werden. Das bedeutet auch, Flagge zu zeigen, wenn es darauf ankommt und deutlich zu machen, wo man steht.“

Die Freedom Week rückte Berlin erneut ins Zentrum einer Debatte, die in dieser Stadt nie nur theoretisch war. Ob Umgang mit autoritären Regimen, Schutz der liberalen Zivilgesellschaft, Sicherung von Pressefreiheit oder der Erhalt demokratischer Souveränität Europas – die Themen zeigen, wie herausfordernd der globale Wettbewerb der Systeme geworden ist.

Die zentrale Botschaft aller Beiträge war klar: Freiheit ist verletzlich. Sie braucht Orientierung, klare Haltung und



CDU-Fraktionschef Dirk Stettner und Frank Ebert, Berlins Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, zeigen Flagge vor dem Humboldtforum
Foto: CDU-Fraktion/ Herman Koch

entschlossenes politisches Handeln.

Kampf für Freiheit finanziell absichern

Doch Freiheit braucht nicht nur Erinnerung und Debatte, sie braucht auch langfristige Investitionen. Deshalb hat

sich die CDU-Fraktion dafür eingesetzt, dass die Arbeit an diesen Themen weitergeht: Deshalb hat sich die CDU-geführte Koalition auch dazu entschlossen, die Veranstaltungsserie der Freiheitswoche zukünftig jährlich durchzuführen und abzusichern. Außerdem ist im Humboldt-Forum die Etablierung einer großen Freiheitsausstellung vorgesehen, die der CDU-Fraktionsvorsitzende Dirk Stettner angeregt hat. Dort wird im Zentrum Berlins die Freiheit als Kern unserer europäischen Identität erfahrbar gemacht werden. Das beweist: Berlin blickt nicht nur auf eine beeindruckende Freiheitsgeschichte zurück – es führt sie auch fort.



Rückenwind für Musikschulen und Musikschüler

Zahl der festangestellten Musikschullehrer wird deutlich erhöht

Wer eine der Berliner Musikschulen betritt, spürt sofort ihre besondere Energie: konzentrierte Klänge aus Proberäumen, Menschen, die Musik nicht nur lernen und lehren, sondern leben. Die Berlinerinnen und Berliner lieben ihre Musikschulen. Nun hat die CDU-Fraktion Berlin dafür gesorgt, dass diese Liebe politische und finanzielle Rückendeckung erhält.

Ein Paradigmenwechsel

Bislang waren nur 24 Prozent der Berliner Musikschullehrkräfte fest angestellt. Die große Mehrheit arbeitete freiberuflich – engagiert, aber oft unter unsicheren Bedingungen, mit schwankenden Einkommen, ohne soziale Absicherung. Ein System, das der Bedeutung der Musikschulen

nicht gerecht wird und Unsicherheiten bei Musikschülern und ihren Familien erzeugte.

Geld für 200 Vollzeitstellen

Diese Unsicherheit sollte ein Ende haben, hat sich die CDU-Fraktion vorgenommen und gehandelt. Mit 8 Millionen Euro zusätzlich stärkt sie die Musikschulen und schafft damit rund 200 neue Vollzeitstellen – ein echter Wandel, ein Schritt hin zu verlässlichen, sicheren und fairen Arbeitsverhältnissen. Bedenkt man, dass nicht alle Musikschullehrerinnen und -lehrer in Vollzeit arbeiten, so könnten es sogar noch mehr tatsächliche Stellen sein.

Der Koalition ist es wichtig, dass freiberufliche Lehrkräfte endlich sozialversicherungs-

Spaß beim Geigen: Der Ausblick auf feste Verträge ist für viele Lehrer Musik in den Ohren
Foto: IMAGO/Shotshop



pflichtig beschäftigt werden. Ein historischer Schritt, ein echter Paradigmenwechsel, ein Signal, das für den gesamten Kulturbereich Bedeutung hat. Und es ist ein wichtiger Einstieg in die vollständige Festanstellung von Musikschullehrkräften.

Starke Musikschulen sichern musikalische Bildung

Mehr festangestellte Lehrkräfte bedeuten nicht nur bessere Arbeitsbedingungen – sie sichern auch die Unterrichtsangebote und eine verlässliche musikalische Bildung für unsere Stadt. Schon heute besuchen die zwölf kommunalen Musikschulen rund 63.000 Kinder. Die Wartelisten sind voll.

Die CDU-Fraktion Berlin sorgt dafür, dass Musikschulen endlich die stabile Grundlage bekommen, die sie verdienen. Indem Berlin in seine Musikschulen investiert, stärkt es nicht nur Arbeitsbedingungen, sondern auch Lebenswege. Jede feste Stelle ist ein Schritt hin zu einer Stadt, die Talente wachsen lässt.

Nicht verpassen!

Die nächste Ausgabe vom klartext erscheint Ende Februar 2026

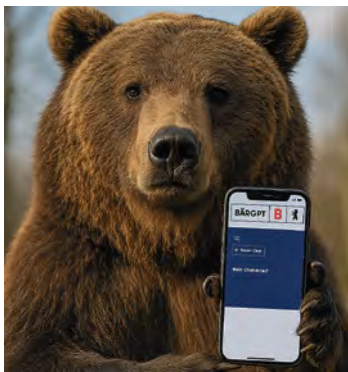
Neuer KI-Assistent für die Verwaltung

Die Berliner Landesverwaltung setzt künftig auf Künstliche Intelligenz. Mit BärGPT steht den Beschäftigten erstmals ein landeseigener KI-Assistent zur Verfügung, der bei Routineaufgaben unterstützt und Verwaltungsabläufe effizienter machen soll.

Von der daraus resultierenden Zeitersparnis sollen die Bürgerinnen und Bürger profitieren, durch kürzere Bearbeitungszeiten und besseren Service.

Entwickelt wurde die Open-Source-Lösung vom CityLAB der Technologiestiftung Berlin unter hohen Datenschutz- und Sicherheitsstandards.

Staatssekretärin und Chief Digital Officer Berlin, Martina Klement, sieht darin einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Verwaltung angesichts von Fachkräftemangel und demografischem Wandel.



Neu: landeseigener KI-Assistent BärGPT Bild: 40

Auflösung Kreuzworträtsel S.6

■ T ■ G ■ R ■ K ■ T ■ S ■ K ■ C ■ F ■
■ O ■ S ■ K ■ A ■ R ■ S ■ E ■ P ■ A ■ R ■ E ■ K ■ A ■ D ■ U ■ C ■ O ■ E ■ L ■ L ■ N ■
■ G ■ E ■ O ■ L ■ O ■ G ■ I ■ E ■ M ■ B ■ E ■ Z ■ A ■ H ■ T ■ S ■ N ■ O ■ W ■ U ■ M ■ A ■
■ R ■ A ■ M ■ S ■ E ■ S ■ H ■ I ■ E ■ B ■ E ■ U ■ N ■ E ■ I ■ N ■ S ■ U ■ M ■ P ■ O ■ S ■ T ■
■ M ■ P ■ S ■ C ■ H ■ O ■ N ■ E ■ I ■ S ■ M ■ E ■ E ■ R ■ M ■ O ■ N ■ T ■ A ■ R ■ I ■ O ■
■ T ■ E ■ M ■ P ■ E ■ L ■ H ■ O ■ F ■ E ■ R ■ N ■ S ■ T ■ B ■ L ■ U ■
■ P ■ O ■ L ■ I ■ O ■ N ■ I ■ S ■ ■ O ■ R ■ T ■ M ■ A ■ F ■ I ■ A ■
■ U ■ N ■ S ■ P ■ R ■ E ■ U ■ ■ S ■ K ■ I ■ H ■ A ■S ■ E ■ R ■ L ■
■ D ■ R ■ O ■ I ■ L ■ A ■U ■R ■ ■ E ■ T ■ N ■ A ■R ■B ■E ■L ■
■ L ■ ■ G ■ U ■M ■M ■I ■ ■ I ■ ■ S ■N ■O ■R ■R ■E ■
■ Z ■A ■P ■F ■E ■N ■O ■ ■ W ■E ■I ■T ■E ■U ■B ■E ■
■ S ■O ■F ■I ■A ■K ■A ■L ■B ■ ■T ■A ■N ■A ■B ■Z ■A ■U ■N ■
■ L ■S ■C ■H ■E ■L ■L ■ ■N ■K ■A ■V ■E ■R ■N ■E ■
■ A ■L ■P ■A ■K ■A ■L ■U ■ ■I ■N ■P ■U ■T ■H ■Z ■
■ A ■M ■E ■N ■T ■Z ■U ■G ■ ■S ■R ■R ■E ■N ■K ■E ■L ■
■ K ■A ■H ■L ■E ■U ■R ■ ■E ■H ■R ■E ■N ■A ■M ■I ■
■ T ■U ■R ■I ■N ■E ■N ■ ■J ■ ■Z ■ ■N ■E ■U ■E ■D ■A ■R ■A ■N ■
■ R ■E ■B ■E ■A ■S ■U ■L ■E ■M ■I ■E ■F ■I ■E ■G ■E ■W ■A ■N ■D ■
■ V ■E ■R ■L ■E ■I ■H ■K ■O ■N ■K ■A ■V ■L ■A ■M ■E ■T ■T ■A ■B ■E ■C ■K ■E ■
■ N ■E ■R ■Z ■ ■R ■E ■L ■A ■S ■E ■D ■I ■R ■I ■G ■E ■N ■T ■Z ■E ■C ■H ■E ■R ■
■ Z ■U ■G ■A ■B ■E ■S ■S ■E ■L ■ ■P ■A ■S ■T ■E ■T ■E ■K ■O ■R ■N ■

LICHTERGLANZ

IMPRESSUM

klartext
Zeitung zur Stadt Berlin, Ihrem Kiez und dem Berliner Parlament

CDU-Fraktion Berlin
Preußischer Landtag, 10111 Berlin
Telefon: (030) 23 25 21 28
✉ klartext@cd-fraktion.berlin.de
www.cdu-fraktion.berlin.de

V.i.S.d.P.: Heiko Melzer
Bildredaktion: Patrick Liesener, Martin Bremer
Editorial Design, Layout, Satz & Produktion: Martin Bremer
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag
Verteilung: Deutsche Post AG

Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.